

Dresdner Erklärung

Forderungen der jungen Generation an die kommende Regierung

**Beschluss des Deutschlandtags der Jungen Union
vom 6. bis 8. Oktober 2017 in Dresden**

Deutschland hat gewählt. Die Menschen in unserem Land haben CDU und CSU einen Regierungsauftrag gegeben. Jedoch haben die Wähler der Union auch einen Denkkzettel verpasst. Vor dem Hintergrund des schlechtesten Ergebnisses bei einer Bundestagswahl seit 1949 müssen wir uns und unsere Politik der letzten Jahre ehrlich und schonungslos hinterfragen. Wir müssen jenen Bürgern, die uns ihre Stimme entzogen haben, beweisen, dass wir auch in Zukunft wieder ein politisches Angebot mit konkreten Inhalten machen wollen. Die Union war und ist Garant für Wohlstand, für Stabilität und Sicherheit. Anscheinend haben die Erfolge der vergangenen zwölf Regierungsjahre nicht gereicht, um die Menschen stärker von CDU und CSU zu überzeugen.

Die Union muss Wähler zurückgewinnen

Die Analyse der Bundestagswahl hat gezeigt, dass sich viele Menschen aus Protest von der CDU sowie der CSU abgewendet und ihre Stimme anderen Parteien, insbesondere der FDP und AfD, gegeben haben. Ihr Votum ist unser Auftrag, uns auch ihren Sorgen wieder stärker zuzuwenden. Wir müssen begreifen, dass es ihnen zum Großteil nicht um rechts oder links geht, sondern um oben und unten. Viele Menschen haben das Gefühl, dass „die da oben, uns hier unten“ vergessen haben. Dieses Gefühl resultiert gerade in strukturschwachen und ländlichen Regionen aus einem gefühlten und faktischen Rückzug des Staates und seiner Institutionen, der eng mit dem demographischen und strukturellen Wandel ganzer Regionen zusammenhängt.

Wir müssen besser dafür Sorge tragen, dass auch in strukturschwachen Bereichen Schulen, Kindergärten, medizinische Versorgung, öffentlicher Nahverkehr und Polizei vorgehalten werden und präsent sind. Auch die öffentliche Verwaltung darf sich nicht aus der Fläche zurückziehen. Notwendig sind eine gezielte Strategie und klar erkennbare Maßnahmen zur Förderung strukturschwacher Räume überall in Deutschland. Das wird auch mehr Geld kosten als bisher. Die Union muss in einer künftigen Regierung der Garant dafür sein, dass

Deutschlands Zukunft nicht nur in Großstädten, sondern auch im ländlichen Raum stattfindet.

Der hohe Stimmenanteil der AfD im Osten darf nicht zur Stigmatisierung der Menschen in diesen Ländern führen. Die medialen Versuche, eine gedankliche Mauer aufzubauen, bewirken letztlich nur eines: die Stärkung des Gefühls vieler Menschen, mit ihren Sorgen und Ängsten nicht verstanden zu werden.

Die Union als Taktgeber und Zukunftsmacher

Dabei hatte keine Generation vor uns so viele Chancen. Um diese zu bewahren, muss eine mögliche neue Koalition unter Führung der Unionsparteien eine Koalition des Aufbruchs und des Fortschritts sein. Die Union muss zum Taktgeber und Zukunftsmacher in diesem Regierungsbündnis werden.

Das setzt voraus, dass wir vor Eintritt in Koalitionsverhandlungen als Union sehr klar definieren, welche Themen für uns von zentraler Bedeutung sind. Ein schlichtes "Weiter so" darf es nicht geben. Jamaika war und ist nicht die Wunschkoalition der Union. Genauso wenig wie die bisherige Große Koalition. Wir können mit diesem Wahlergebnis keineswegs zufrieden sein. Jedoch haben CDU und CSU jetzt auch die Aufgabe, für unser Land in schwierigen Zeiten eine stabile Regierung zu stellen. Eine Regierungsbeteiligung von CDU und CSU muss zum Ziel haben, klarer als bisher unser konservatives Profil als Parteien der sozialen Marktwirtschaft und als Parteien eines konsequenten Rechtsstaates zu schärfen. In einer neuen Bundesregierung müssen wir die Parteien für Stabilität und Wohlstand, aber auch die Parteien des Wandels und des Fortschritts sein. Unseren Worten müssen wieder Taten folgen. Nur so kann verlorengegangenes Vertrauen zurückgewonnen werden. Neben den großen politischen Fragen müssen wir auch ein Ohr für die Alltagsorgen der Bürger haben. Politik hat die Aufgabe, die Probleme der Menschen pragmatisch zu lösen. Politik muss aber auch erklärt werden, die Menschen mitnehmen und sie für konkrete Zukunftsvisionen gewinnen können. Dafür gehen wir beispielhaft voran und stellen sechs Forderungen an die kommende Regierung auf, die für uns oberste Priorität haben.

1. Migration und Integration neu regeln

Die Union hatte in diesem Bundestagswahlkampf mit einem Glaubwürdigkeitsproblem zu kämpfen. Obwohl die Flüchtlingszahlen seit dem Sommer 2015 deutlich reduziert und obwohl viele gesetzliche und verfahrensrechtliche Verbesserungen erreicht werden konnten, hat das Vertrauen einiger Menschen in die Zuwanderungspolitik der Union deutlich gelitten. Die Junge Union ist sich bewusst, dass Deutschland eines der beliebtesten Einwanderungsländer der Welt ist. Wir brauchen qualifizierte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt. Was wir nicht brauchen, ist eine ungesteuerte Zuwanderung in unsere Sozialsysteme. Unser Ziel für die Zukunft muss daher sein, dass wir politisch, rechtlich und tatsächlich noch deutlicher zwischen Asylrecht, Flüchtlingsstatus und klassischer Zuwanderung unterscheiden. Ein mögliches Regierungsbündnis unter Führung der Unionsparteien muss ein modernes Einwanderungsrecht schaffen, das die notwendige Zuwanderung in den Arbeitsmarkt steuert, das im Sinne des Forderns und Förderns die Angebote zur Integration deutlich ausbaut, aber gleichzeitig auch klarer Erwartungshaltungen an die Neubürger formuliert. Wir brauchen eine Kontingentlösung für die zügige humanitäre Aufnahme von Flüchtlingen und ihren Familien aus Krisenregionen. Wir brauchen die konsequente Durchsetzung von Recht, sowohl an der EU-Außengrenze, indem diese besser gesichert und irreguläre Migration, insbesondere übers Mittelmeer, aktiv unterbunden wird. Gleichzeitig müssen Personen ohne Aufenthaltstitel konsequent in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden. Zudem sollte in einem Einwanderungsgesetz auch eine klare Begrenzung für klassische Zuwanderung festgeschrieben werden. Die Union muss die gesellschaftlich umstrittene Frage der Zuwanderung besser und nachhaltiger regeln, um Vertrauen zurückzugewinnen. Darüber hinaus soll der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte über den 16. März 2018 hinaus ausgesetzt bleiben. Im Einklang mit europäischem und internationalem Recht lehnen wir einen pauschalen und vom individuellen Schutzstatus losgelösten Familiennachzug ab.

Die deutsche Staatsangehörigkeit verpflichtet zur ungeteilten Loyalität zu Deutschland. Wir wollen keine generelle doppelte Staatsbürgerschaft. Der Doppelpass soll künftig nicht mehr weitervererbt werden. Deshalb sind wir für den Generationenschnitt. Gegenüber den Ländern, die beim Generationenschnitt nicht kooperieren, wollen wir die Optionspflicht wieder einführen.

2. Deutschland digitalisieren

Deutschland muss endlich den Sprung ins digitale Zeitalter schaffen. Wir müssen uns stärker als bisher für den Ausbau der digitalen Infrastruktur einsetzen, damit der ländliche Raum nicht noch stärker abgehängt wird. Deutschland muss Vorreiter beim Etablieren des 5G-Standards sein, der Voraussetzung für viele modernisierte Prozesse und damit ein Jobmotor ist, denn Automatisierung und Digitalisierung bieten Chancen für neue Arbeitsplätze. Eine Mammutaufgabe für die kommenden Jahre wird die Digitalisierung der Verwaltung sein. Mit einem elektronischen Bürgerportal wollen wir Behördengänge und Bürokratie reduzieren und so die Bürger entlasten. Die Ideen der Zukunft müssen von der Union kommen.

3. Mobilität ohne Denkverbote

Wir haben den Menschen versprochen, dass wir für ein Deutschland sorgen, in dem wir gut und gerne leben. Für eine starke Wirtschaft, die neue Arbeitsplätze schafft, brauchen wir eine starke Automobilindustrie. Die modernsten, besten, sichersten und saubersten Autos der Welt müssen weiterhin aus Deutschland kommen. Dafür brauchen wir eine Zukunftsstrategie, die alternative Antriebe wettbewerbsfähig macht und zeitgleich den Verbrennungsmotor wettbewerbsfähig hält. Ein Verbot der Neuzulassung von Verbrennungsmotoren ab 2030 lehnen wir ab. Diese Art von Mobilitätswende wäre eine Vollbremsung für Deutschland. Darüber hinaus müssen innerstädtische Fahrverbote das letzte Mittel bleiben. Es muss vielmehr darum gehen, Anreize zu schaffen, um den Wandel in der Automobilindustrie proaktiv zu fördern.

4. Familien und Bildung in den Mittelpunkt

Wir fordern, das versprochene Baukindergeld einzuführen und Familien durch echte Wahlfreiheit bei der Kitasuche sowie qualitativ hochwertige Angebote in Wohnort- oder Arbeitsplatznähe besser zu unterstützen. Die Union muss verstärkt Erleichterungen für Familien bei der Grunderwerbs- und Grundsteuer forcieren. Beim Thema Mieten setzen wir zur langfristigen Entspannung des Wohnungsmarktes auf Neubau. Wir müssen weitere Anstrengungen unternehmen, dafür zu sorgen, dass alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland gut ausgebildet werden. Wir brauchen ausreichend Lehrer und Sozialpädagogen in den Schulen. Die digitale Infrastruktur an Schulen muss dringend flächendeckend ausgebaut und Lehrer fort-

gebildet werden. Die Ausgaben für Bildung und Forschung müssen weiter erhöht werden. Die Länder und Kommunen müssen bei der Sanierung von Schulen unterstützt werden.

5. Generationengerechte Politik durchsetzen

Die künftige Finanz- und Rentenpolitik muss die Interessen der jungen Generation im Blick haben. Wir wollen weiterhin keine neuen Schulden aufnehmen und den Schuldenberg abschmelzen: Wir fordern, den Konsolidierungskurs auf Bundesebene weiterzuverfolgen, nicht nur die schwarze Null zu erhalten, sondern auch Schulden verantwortungsvoll abzubauen und weiter für stabile Finanzen zu sorgen. Damit auch zukünftige Generationen gestalten können und nicht die Schulden von heute verwalten müssen. Wir wollen die Steuern für alle Bürger senken. In Zeiten der höchsten Steuereinnahmen der Geschichte Deutschlands gilt es die Bürger zu entlasten. Der Solidaritätszuschlag ist schrittweise abzuschaffen. Zu einer generationengerechten Politik gehört auch eine Rentenreform, die für junge Menschen gerecht ist. Wir fordern, dass die angekündigte Rentenkommission eingesetzt wird und die junge Generation personell beteiligt wird. Es darf keine weiteren Rentengeschenke zu Lasten der jungen Generation geben.

6. Sicherheit und Wohlstand garantieren

Deutschland muss eines der sichersten Länder der Welt bleiben. Deshalb muss die versprochene Aufstockung um mindestens 15.000 Polizisten schnellstmöglich umgesetzt werden. Wir fordern auch weiterhin, den Einsatz der Bundeswehr in Notfällen im Innern zu gestatten. Weiterhin ist den Polizeibehörden in der ganzen Bundesrepublik die Schleierfahndung zu ermöglichen, um Kriminalität durch Fahndungsdruck bekämpfen zu können. Eine Liberalisierung der Drogenpolitik lehnen wir ab. Auch die Versorgungssicherheit ist wichtig. Deutschland braucht eine Wirtschafts- und Energiepolitik, die das Land wettbewerbsfähig hält. Wandel ist notwendig, darf aber nicht zu Standortnachteilen führen. Die Bezahlbarkeit der Energiewende für Verbraucher und Wirtschaft muss wieder stärker in den Fokus gerückt werden. Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltschutz gehören wieder in ein Gleichgewicht.

Zukunft der Union und mögliche Koalition auf breite Basis stellen

Mit einem möglichen Jamaika-Bündnis wird ein Weg beschritten, der für alle Beteiligten neues Terrain bedeutet. Unsere Mitglieder werden die Verhandlungen deshalb sehr genau mitverfolgen. So wollen wir dieses Wagnis eines Vier-Parteien-Bündnisses auf eine möglichst breite Basis stellen. Die Union muss also ihre Mitglieder einbinden. Aus diesem Grunde fordern wir rund um die Koalitionsverhandlungen Mitgliederkonferenzen – online wie offline. Dort soll der Plan für die nächsten Regierungsjahre vorgestellt werden. Vor allem soll dort Raum zur Aufarbeitung des Wahlergebnisses geboten und die Zukunft der Union breit diskutiert werden. Die Aufarbeitung der dezentralen Analysen und die Weichenstellungen für die inhaltliche Zukunft und personelle Aufstellung der Union sollen dann in einem CDU-Bundesparteitag spätestens Anfang 2018 münden.

Sollten sich die Koalitionsverhandlungspartner einig werden, fordern wir zur Abstimmung über den Koalitionsvertrag eine breite Beteiligung der Mitglieder, mindestens auf einem CDU-Bundesparteitag.

Ein mögliches Jamaika-Bündnis braucht neue Köpfe

CDU und CSU müssen sich fit für die Zukunft machen. Ein Jamaika-Bündnis muss neben den richtigen Inhalten für unser Land auch von den richtigen Personen gelebt werden. Dazu muss sich die Union breiter aufstellen und den Mut haben, durch neue Gesichter in Regierung, Fraktion und Partei das gesamte Spektrum einer Volkspartei abzubilden. Die Union muss sichtbarer und hörbarer werden. Diese Veränderungen stärken nicht nur die Union, sondern auch unsere Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

Auch außerhalb der Regierung muss die Union als eigenständige Kraft und als Motor der Zukunft wahrgenommen werden. Dazu braucht es eine Stärkung von Partei und Fraktion, die die drei politischen Wurzeln der Union, die soziale, die liberale und auch wieder die konservative, gleichermaßen abbilden und wiedergeben. Auf die Umsetzung der Beschlüsse des Bundesparteitags muss die Parteiführung konsequent hinarbeiten. Wir brauchen mehr Raum für profilierte Köpfe, um den Wettbewerb der Ideen für das Deutschland der Zukunft zu gewinnen. Wir wünschen uns eine starke Union mit Dr. Angela Merkel als Bundeskanzlerin an der Spitze der künftigen Bundesregierung. Wir wünschen uns eine starke CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die unsere Politik in die Breite trägt und als Frühwarnsystem die Belan-

ge der Bürgergesellschaft im Blick hält. Wir wünschen uns eine starke CDU und eine starke CSU, die aus dem Wahlergebnis dieser Bundestagswahl die richtigen Konsequenzen für eine erfolgreiche Zukunft der Union ziehen und zu einem Motor und Ideenlabor der künftigen Bundesregierung werden.